



Foto: Anton Gvozdkov (AdobeStock)

dbb Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst

Einschätzungen, Erfahrungen und Erwartungen der Bürger

2026



dbb
beamtenbund
und **tarifunion**

dbb Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst 2026

Der öffentliche Dienst aus Sicht der Bevölkerung

forsa Gesellschaft für
Sozialforschung und
statistische Analysen mbH

Gutenbergstraße 2
10587 Berlin

Telefon 030 62882-0

E-Mail info@forsa.de

Inhaltsverzeichnis

Datengrundlage.....	1
Zusammenfassung.....	2
1 Die Handlungs- und Leistungsfähigkeit des Staates.....	3
2 Öffentliche Verwaltung und Digitalisierung.....	9
3 Meinungen zu den Kosten des öffentlichen Dienstes.....	18
4 Bewertung verschiedener Einrichtungen der öffentlichen Hand.....	20
5 Das Beamtenprofil	21
6 Das Ansehen einzelner Berufsgruppen	22
7 Die wichtigsten Aufgaben des Staates und ihre Erfüllung.....	24

Datengrundlage

Im Auftrag des dbb beamtenbund und tarifunion hat forsa Gesellschaft für Sozialforschung und statistische Analysen mbH auch im Jahr 2026 untersucht, wie der öffentliche Dienst und seine Leistungen von den Bürgerinnen und Bürgern in der Bundesrepublik wahrgenommen werden.

Die Erhebung fand im Juli 2026 statt. Befragt wurden 2.018 repräsentativ ausgewählte Bürgerinnen und Bürger. Wie bereits seit 2020 wurde die Erhebung online mithilfe des forsa.omninet-Panels durchgeführt, einem für die deutsche Bevölkerung ab 14 Jahren repräsentativen Panel mit derzeit über 150.000 Teilnehmern. Die Auswahl der Befragten erfolgte offline nach einem systematischen Zufallsverfahren, das sicherstellt, dass die befragten Bürgerinnen und Bürger ein Spiegelbild der Gesamtbevölkerung in Deutschland darstellen.

Die ermittelten Ergebnisse können lediglich mit den bei allen Stichprobenerhebungen möglichen Fehlertoleranzen (im vorliegenden Fall +/- 2,5 Prozentpunkte) auf die Gesamtheit der Bevölkerung übertragen werden.

Um auch Hinweise auf Entwicklungen und Veränderungen im Zeitverlauf zu erhalten, werden die Ergebnisse der diesjährigen „dbb-Bürgerbefragung Öffentlicher Dienst“ wieder – soweit möglich – mit den in den Vorjahren ermittelten Befunden verglichen.

Zusammenfassung

Das Vertrauen der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger in die Handlungsfähigkeit des Staates ist in diesem Jahr auf einen neuen Tiefststand gesunken: Weniger als ein Fünftel der Bundesbürger hält den Staat derzeit für in der Lage, seine Aufgaben zu erfüllen, während vier von fünf ihn als überfordert ansehen. Als größte Problemfelder werden dabei zunehmend die sozialen Sicherungssysteme und die Rente sowie die Wirtschafts- und Finanzpolitik gesehen, während die Asyl- und Flüchtlingspolitik deutlich an Bedeutung verloren hat.

Kritischer als noch im Vorjahr wird auch die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes bewertet, von der nun eine knappe Mehrheit meint, dass sie gegenüber den letzten Jahren geringer geworden sei. Die wichtigsten Forderungen nach Verbesserung bleiben bei den Bürgern eine Verringerung und Vereinfachung der vielen Vorschriften sowie eine deutliche Verkürzung der Bearbeitungszeiten. Zugunommen hat gegenüber dem Vorjahr der Wunsch nach mehr digitalen Behördenleistungen.

Von der Digitalisierung erhofft sich eine knappe Mehrheit eine Verbesserung der staatlichen Leistungsfähigkeit, der aktuelle Stand der Digitalisierung in der öffentlichen Verwaltung wird allerdings eher verhalten beurteilt. Als Hauptgründe für die schleppende Digitalisierung werden von den Bürgern vor allem eine mangelnde Kooperation zwischen den föderalen Ebenen und zu hohe Datenschutzanforderungen vermutet. Dem neuen Digitalministerium traut bislang nur ein Fünftel zu, in den nächsten Jahren spürbare Fortschritte bei der Digitalisierung der öffentlichen Verwaltung zu erzielen.

Bei der Bewertung einzelner öffentlicher Einrichtungen schneiden Straßenreinigung und Müllabfuhr sowie Bibliotheken und Museen weiterhin am besten, Landes- und vor allem Bundesministerien hingegen am schlechtesten ab.

Das Beamtenbild bleibt geprägt von positiven Zuschreibungen wie verantwortungsbewusst, pflichtbewusst und zuverlässig, wobei die positiven Eigenschaften tendenziell seltener genannt werden als im Vorjahr. Im Ansehen der Berufe führen weiterhin Feuerwehrleute, Pflegekräfte und Ärzte die Liste des „Berufs-Rankings“ an, während Politiker, Versicherungsvertreter und Mitarbeiter von Werbeagenturen am unteren Ende rangieren.

Unter den verschiedenen Aufgaben des Staates haben die Reform und Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme, die Sicherung von Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen sowie die Verbesserung der Infra- und Verkehrsstruktur für die Bürger die höchste Priorität. Zugleich wird die Bewältigung gerade dieser drei Aufgabenbereiche durch den Staat von den Bürgerinnen und Bürgern als besonders unzureichend bewertet.

1 Die Handlungs- und Leistungsfähigkeit des Staates

Das Vertrauen in die Fähigkeit des Staates, seine vielfältigen Aufgaben und Probleme erfüllen bzw. lösen zu können, ist in diesem Jahr nochmals deutlich zurückgegangen und erreicht mit nur noch 17 Prozent einen neuen Tiefststand.

79 Prozent der Bundesbürgerinnen und Bundesbürger meinen mittlerweile, der Staat sei angesichts der Fülle seiner Aufgaben und Probleme überfordert.

Ein etwas höheres Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates haben lediglich die Beamten sowie die Anhänger der Union, der SPD und der Grünen.

Ein noch geringeres Vertrauen in die Handlungsfähigkeit des Staates als die Bundesbürger insgesamt haben Befragte mit einfachen Bildungsabschlüssen und die Anhänger der AfD.

Meinungen zur Handlungsfähigkeit des Staates

Der Staat ist in Bezug auf seine Aufgaben und Probleme

		in der Lage, sie zu erfüllen	überfordert
		%	%
insgesamt	2019	34	61
	2020	56	40
	2021	45	51
	2022	29	66
	2023	27	69
	2024	25	70
	2025	23	73
	2026	17	79
Ost		14	82
West		17	78
18- bis 29-Jährige		14	81
30- bis 44-Jährige		13	80
45- bis 59-Jährige		13	83
60 Jahre und älter		22	74
Im öffentlichen Dienst Beschäftigte	insgesamt	22	74
	Beamte	36	62
	Tarifbeschäftigte	20	76
Selbständige		10	83
Hauptschule		11	87
mittlerer Abschluss		15	79
Abitur, Studium		20	76
Anhänger der	CDU/CSU	38	49
	SPD	33	64
	Grünen	26	71
	Linke	14	81
	AfD	2	97

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Auf die konkrete, ohne Antwortvorgaben gestellte Nachfrage, mit welchen Aufgaben der Staat derzeit überfordert sei, nennen die Befragten auch in diesem Jahr eine Vielzahl von Bereichen und Problemen.

Anders als noch in den letzten beiden Jahren sehen diejenigen, die meinen, der Staat sei überfordert, nicht mehr in erster Linie eine Überforderung mit der Zuwanderungspolitik, sondern vor allem bei der Reform des Sozialstaats und in der Wirtschafts- und Finanzpolitik.

So halten 26 Prozent (+ 10 Prozentpunkte) den Staat bei den sozialen Sicherungssystemen und der Rente, 14 Prozent beim Thema soziale Gerechtigkeit (+ 4 Prozentpunkte), 18 Prozent in der Steuer- und Finanzpolitik (+ 5 Punkte) und 11 Prozent in der Wirtschaftspolitik (+ 4 Punkte) für überfordert.

Der Anteil derer, die meinen, der Staat sei derzeit vor allem mit der Asyl- und Flüchtlingspolitik überfordert, ist dagegen von 30 Prozent in den beiden Vorjahren auf 16 Prozent gesunken.

14 Prozent sehen den Staat in der Schul- und Bildungspolitik, 13 Prozent bei der Gesundheitsversorgung und jeweils 10 Prozent bei der inneren Sicherheit, der Infrastruktur und bei der Bürgernähe überfordert.

Deutlich rückläufig (von 23 auf 15 Prozent) ist gegenüber 2025 auch der Anteil derer, die auf die Nachfrage, in welchen Bereichen sie den Staat für überfordert halten, keinen konkreten Bereich benennen können.

In welchen Bereichen ist der Staat überfordert?

Der Staat ist bei folgenden Aufgaben überfordert:	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
	%	%	%	%	%	%	%	%
Energieversorgung	2	1	4	17	7	6	3	5
Steuer- und Finanzpolitik	7	10	8	9	6	8	13	18
Preisentwicklung, Inflation	-	-	-	6	4	1	2	1
Wirtschaftspolitik	1	7	5	5	5	8	7	11
Klima- und Umweltschutz	13	10	20	15	17	12	7	9
Schul- und Bildungspolitik	24	22	19	13	19	19	15	14
Kinderbetreuung	7	3	3	2	5	3	4	2
soziale Sicherungssysteme, Rente	12	12	11	12	7	11	16	26
soziale Gerechtigkeit	11	9	11	11	12	7	10	14
Lage am Arbeitsmarkt	4	4	2	3	4	7	3	4
Wohnungs- und Immobilienmarkt	7	3	3	2	3	6	5	3
Gesundheitsversorgung	12	11	10	11	13	10	11	13
Asyl- und Flüchtlingspolitik	19	20	15	10	26	30	30	16
innere Sicherheit	17	14	10	7	10	13	12	10
Justiz und Rechtsprechung	7	9	8	4	3	3	5	3
Verteidigung, äußere Sicherheit	3	3	3	5	5	7	5	6
Digitalisierung	4	4	8	6	5	4	4	4
Infrastruktur	7	5	6	4	5	6	9	10
Verkehrspolitik	5	4	6	3	4	5	4	3
mangelnde Bürgernähe	6	6	4	5	8	5	8	10
Bürokratieabbau	7	2	4	4	5	8	9	9
Überforderung generell	6	4	6	10	9	6	5	7
weiß nicht	20	14	16	18	18	19	23	15

Basis: Befragte, die den Staat als überfordert ansehen; offene Abfrage;
 Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich; dargestellt sind Nennungen ab 1 Prozent

Wie bereits in den vergangenen Jahren glaubt weiterhin nur eine Minderheit der Befragten (10 %), dass die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in den letzten Jahren größer geworden sei. Fünfmal mehr Befragte (51 %) glauben hingegen, die Leistungsfähigkeit sei eher geringer geworden. 28 Prozent sehen keine Veränderung bei der Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes.

Dass die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in den letzten Jahren abgenommen hat, meinen weiterhin in überdurchschnittlichem Maße die Anhänger der AfD.

Meinungen zur Leistungsfähigkeit des Staates

Die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes ist im Vergleich zu den letzten Jahren

		größer %	gleich groß %	geringer %
insgesamt	2019	17	41	34
	2020	17	44	32
	2021	15	41	38
	2022	13	33	46
	2023	11	35	45
	2024	12	31	46
	2025	12	31	47
	2026	10	28	51
Im öffentlichen Dienst Beschäftigte	insgesamt	17	34	40
	Beamte	18	43	37
	Tarifbeschäftigte	17	33	41
Anhänger der	CDU/CSU	14	35	44
	SPD	10	39	42
	Grünen	13	37	36
	Linke	6	34	49
	AfD	7	18	70

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

86 Prozent der Bundesbürger halten vor allem eine deutliche Verringerung und Vereinfachung der vielen Vorschriften bei den Behörden für wichtig. 78 Prozent meinen dies von einer deutlichen Verkürzung der Bearbeitungszeiten.

72 Prozent (gegenüber 66 Prozent im Vorjahr) wünschen sich ein vermehrtes Angebot von Dienstleistungen, die online erledigt werden können und 60 Prozent eine klarere Regelung der Zuständigkeiten der einzelnen Behörden.

Weiterhin deutlich weniger Bundesbürger halten eine verstärkte Schulung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst oder eine Verlängerung der Öffnungszeiten der Behörden (jeweils 32 %) für besonders wichtig.

Welche Verbesserungen sind bei den Behörden wichtig?

Es halten folgende Verbesserungen bei den Behörden vor allem für wichtig:	insgesamt		Anhänger der:				
	2025	2026	CDU/ CSU	SPD	Grüne	Linke	AfD
	%	%	%	%	%	%	%
eine deutliche Verringerung und Vereinfachung der vielen Vorschriften	85	86	92	73	87	78	90
eine deutliche Verkürzung der Bearbeitungszeiten	79	78	76	81	80	75	81
ein vermehrtes Angebot von Dienstleistungen, die online erledigt werden können	66	72	76	64	81	80	70
eine klarere Regelung der Zuständigkeiten der einzelnen Behörden	58	60	55	65	64	59	63
eine verstärkte Schulung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst	33	32	29	39	31	31	32
eine Verlängerung der Öffnungszeiten der Behörden	31	32	22	33	30	34	40

Prozentsumme größer 100, da Mehrfachnennungen möglich

2 Öffentliche Verwaltung und Digitalisierung

Wie bereits im vergangenen Jahr meint weiterhin etwas mehr als die Hälfte der Bundesbürger (54 %), dass die zunehmende Digitalisierung die Leistungsfähigkeit des Staates viel oder sehr viel verbessern wird.

Unverändert 43 Prozent sind in dieser Frage weiterhin skeptisch und glauben an geringe Verbesserungen der Leistungsfähigkeit durch die Digitalisierung.

An eine Verbesserung der Leistungsfähigkeit des Staates durch die zunehmende Digitalisierung glauben vor allem die unter 30-Jährigen, die Beamten und die Anhänger der Union, der Grünen und der Linke.

Einfluss der Digitalisierung auf die Leistungsfähigkeit des Staates

Die zunehmende Digitalisierung wird die Leistungsfähigkeit des Staates verbessern

		sehr viel %	viel %	etwas %	nur wenig
insgesamt	2025	18	35	32	11
	2026	18	36	32	11
Ost		18	35	32	11
West		18	36	31	11
18- bis 29-Jährige		22	44	26	4
30- bis 44-Jährige		23	35	28	11
45- bis 59-Jährige		18	31	34	13
60 Jahre und älter		13	35	34	13
Im öffentlichen Dienst Beschäftigte	insgesamt	18	39	31	8
	Beamte	15	47	25	8
	Tarifbeschäftigte	18	37	33	8
Anhänger der	CDU/CSU	21	43	31	3
	SPD	23	34	32	4
	Grüne	24	43	27	4
	Linke	21	45	23	8
	AfD	16	25	35	21

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Kaum verändert haben sich auch die Erfahrungen der Bundesbürger mit den Online-Diensten der öffentlichen Verwaltung.

44 Prozent der Bundesbürger haben mit den Online-Diensten von Behörden bisher alles in allem (sehr) gute Erfahrungen gemacht; 31 Prozent berichten dagegen von weniger guten bzw. schlechten Erfahrungen.

Erfahrungen mit den Online-Diensten der Verwaltung

Mit den Online-Diensten der öffentlichen Verwaltung haben bisher alles in allem Erfahrungen gemacht

		(sehr) gute %	weniger gute/ schlechte %
insgesamt	2025	42	30
	2026	44	31
Ost		42	29
West		44	31
Männer		44	34
Frauen		44	27
18- bis 29-Jährige		52	32
30- bis 44-Jährige		49	29
45- bis 59-Jährige		43	35
60 Jahre und älter		38	28
Im öffentlichen Dienst Beschäftigte	insgesamt	51	29
	Beamte	46	26
	Tarifbeschäftigte	52	30
Anhänger der	CDU/CSU	51	25
	SPD	48	23
	Grüne	52	25
	Linke	43	33
	AfD	36	40

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“ bzw. „keine Erfahrungen“

Nur ein Drittel der Befragten (33 %) weiß im Großen und Ganzen, welche Behördendienstleistungen, die für ihre Belange wichtig sind, in ihrer Stadt bzw. Gemeinde online erledigt werden können. Zwei Drittel (67 %) wissen das nicht so genau.

Am schlechtesten informiert fühlen sich in dieser Frage die unter 30-Jährigen sowie Befragte mit niedrigen Bildungsabschlüssen.

Auch von den im öffentlichen Dienst Beschäftigten hat weniger als die Hälfte einen Überblick darüber, welche für sie wichtigen Behördendienstleistungen online erledigt werden können.

Kenntnisstand über die online verfügbaren Behördendienstleistungen

Es wissen im Großen und Ganzen, welche Behördendienstleistungen, die für die eigenen Belange wichtig sind, alles online erledigt werden können

		ja %	nein %
insgesamt		33	67
Ost		32	68
West		33	64
18- bis 29-Jährige		26	74
30- bis 44-Jährige		34	66
45- bis 59-Jährige		36	64
60 Jahre und älter		33	67
Hauptschule		25	75
mittlerer Abschluss		33	67
Abitur, Studium		36	64
Im öffentlichen Dienst Beschäftigte	insgesamt	44	56
	Beamte	47	53
	Tarifbeschäftigte	43	57
Ortsgröße (Einwohner)	unter 5.000	32	68
	5.000-20.000	33	67
	20.000-100.000	33	67
	100.000-500.000	29	71
	500.000 u. mehr	33	67

Am häufigsten wurde von denen, die bereits Erfahrungen mit Online-Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung gemacht haben, die Steuererklärung online abgegeben.

40 Prozent haben schon einmal ihren Personal online beantragt und 32 Prozent eine KfZ-Zulassung online erledigt.

Ihren Wohnsitz online an- oder umgemeldet haben bislang eher wenige (19 %).

Welche Behördendienstleistungen wurden bereits online erledigt?

Folgende Behördendienstleistungen haben schon einmal online erledigt:

		Steuer- klärung abgegeben %	Personal- ausweis beantragt %	KfZ- Zulassung %	Wohnsitz an- oder um- gemeldet %
insgesamt		59	40	32	19
Ost		59	38	29	18
West		58	41	33	19
18- bis 29-Jährige		36	39	19	22
30- bis 44-Jährige		70	37	35	25
45- bis 59-Jährige		61	42	39	15
60 Jahre und älter		62	43	33	15
Ortsgröße (Ew.)	unter 5.000	64	34	42	14
	5.000-20.000	62	36	34	15
	20.000-100.000	55	39	30	16
	100.000-500.000	51	47	26	26
	500.000 u. mehr	60	50	29	26

Basis: Befragte, die bereits Erfahrungen mit Online-Dienstleistungen der öffentlichen Verwaltung gemacht haben; Mehrfachnennungen möglich

Auf die Frage, wie sie den aktuellen Stand der Digitalisierung von Staat und öffentlicher Verwaltung mit einer Schulnote bewerten würden, vergeben die Befragten eine Durchschnittsnote von 4,0.

Kaum besser fällt die Bewertung zum Stand der Digitalisierung bei den öffentlich Bediensteten mit einem Wert von 3,9 aus.

Etwas positiver wird der Stand der Digitalisierung von Staat und öffentlicher Verwaltung von den Anhängern der Regierungsparteien CDU/CSU und SPD (mit jeweils 3,7) beurteilt.

Kaum Unterschiede zeigen sich in dieser Frage zwischen Ost und West, den einzelnen Altersgruppen sowie zwischen Stadt und Land.

Bewertung des aktuellen Stands der Digitalisierung von Staat und Verwaltung

Für den aktuellen Stand der Digitalisierung von Staat und öffentlicher Verwaltung vergeben die Schulnote (Mittelwert):

insgesamt		4,0
Ost		4,0
West		4,0
18- bis 29-Jährige		4,0
30- bis 44-Jährige		4,0
45- bis 59-Jährige		4,1
60 Jahre und älter		4,0
Im öffentlichen Dienst Beschäftigte	insgesamt	3,9
	Beamte	3,8
	Tarifbeschäftigte	3,9
Ortsgröße (Ew.)	unter 5.000	3,9
	5.000 bis unter 20.000	4,1
	20.000 bis unter 100.000	3,9
	100.000 bis unter 500.000	4,0
	500.000 und mehr	4,0
Anhänger der	CDU/CSU	3,7
	SPD	3,7
	Grünen	4,0
	Linke	4,3
	AfD	4,3

Die Hälfte der Bundesbürger (50 %) fände es grundsätzlich richtig, wenn in der öffentlichen Verwaltung künftig Anwendungen der künstlichen Intelligenz eingesetzt würden, etwa zur Vereinfachung von Abläufen oder bei der Vorprüfung von Anträgen.

44 Prozent hätten dagegen eher Bedenken.

Jüngere zeigen sich dem Einsatz von KI in Behörden gegenüber etwas aufgeschlossener als Ältere und die Anhänger von CDU/CSU, SPD und Grünen deutlich aufgeschlossener als die Anhänger der Linke und der AfD, die einen Einsatz von KI in der öffentlichen Verwaltung mehrheitlich ablehnen.

Einsatz von „KI“ in der öffentlichen Verwaltung?

Den Einsatz von Anwendungen der künstlichen Intelligenz in der öffentlichen Verwaltung fänden grundsätzlich richtig

		ja %	nein, es hätten eher Bedenken %
insgesamt		50	44
Ost		49	45
West		50	44
18- bis 29-Jährige		57	37
30- bis 44-Jährige		55	38
45- bis 59-Jährige		48	47
60 Jahre und älter		46	48
Im öffentlichen Dienst Beschäftigte	insgesamt	54	43
	Beamte	63	37
	Tarifbeschäftigte	52	44
Anhänger der	CDU/CSU	60	36
	SPD	59	36
	Grünen	60	37
	Linke	37	58
	AfD	45	50

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Ein Teil der Behördendienstleistungen in Deutschland kann mittlerweile online erledigt werden, andere Leistungen aber bisher noch nicht.

Dass die Digitalisierung der Behörden nicht schneller vorankommt, liegt nach Einschätzung der Bundesbürger in erster Linie (69 %) an der unzureichenden Kooperation zwischen Bund, Ländern und Gemeinden.

Mehr als die Hälfte der Befragten vermutet (auch) zu hohe Anforderungen beim Datenschutz (59 %), einen mangelnden Veränderungswillen innerhalb der Verwaltung (55 %) sowie fehlende IT-Fachkräfte (54 %) als Gründe für die schleppende Digitalisierung der Behörden.

Fehlende finanzielle Mittel nennen mit 41 Prozent deutlich weniger als Grund.

Öffentlich Bedienstete machen seltener als die Bundesbürger insgesamt einen mangelnden Veränderungswillen innerhalb der Verwaltung, häufiger als der Durchschnitt der Befragten hingegen fehlende finanzielle Mittel als Ursache für die langsame Digitalisierung aus.

Warum kommt die Digitalisierung der Behörden nicht schneller voran?

Dass die Digitalisierung der Behörden nicht schneller vorankommt, liegt vor allem an ...	insgesamt %	Im öffentlichen Dienst Beschäftigte %
... zu wenig Kooperation zwischen Bund, Ländern und Gemeinden	69	68
... zu hohen Anforderungen beim Datenschutz	59	64
... mangelndem Veränderungswillen innerhalb der Verwaltung	55	47
... fehlenden IT-Fachkräften in der Verwaltung	54	57
... fehlenden finanziellen Mitteln	41	51
... anderen Gründen	6	9

Mehrfachnennungen waren möglich

Dass das neue Bundesministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung die Digitalisierung des Staates und der öffentlichen Verwaltung in den nächsten Jahren spürbar voranbringen wird, glaubt nur eine Minderheit von 21 Prozent der Bundesbürger.

Eine große Mehrheit von 62 Prozent traut das dem neuen Bundesministerium nicht zu.

Am ehesten glauben die Anhänger der CDU/CSU, dass das neue „Digitalministerium“ die Digitalisierung des Staates und der Verwaltung spürbar voranbringen wird.

Neue Impulse durch das Ministerium für Digitalisierung und Staatsmodernisierung?

Es trauen dem neuen Bundesministerium zu, die Digitalisierung des Staates und der öffentlichen Verwaltung in den nächsten drei Jahren spürbar voranzubringen

		ja %	nein %
insgesamt		21	62
Ost		16	69
West		22	60
Im öffentlichen Dienst Beschäftigte	insgesamt	19	65
	Beamte	19	65
	Tarifbeschäftigte	18	65
Selbständige		10	65
Anhänger der	CDU/CSU	46	40
	SPD	28	52
	Grünen	24	60
	Linke	16	70
	AfD	10	81

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

3 Meinungen zu den Kosten des öffentlichen Dienstes

Der Anteil der Bundesbürger, die meinen, dass der öffentliche Dienst die Steuerzahler zu viel Geld koste, ist in diesem Jahr nochmals – auf jetzt 54 Prozent – angestiegen.

39 Prozent finden nicht, dass der öffentliche Dienst zu viel Geld koste.

Überdurchschnittlich häufig finden weiterhin Arbeiter und Selbständige sowie die Anhänger der AfD, dass der öffentliche Dienst die Steuerzahler zu viel Geld koste. Die Beschäftigten im Öffentlichen Dienst selbst meinen das vergleichsweise am seltensten.

Meinungen zu den Kosten des öffentlichen Dienstes

Der öffentliche Dienst kostet die Steuerzahler zu viel Geld

		ja %	nein %
insgesamt	2016	31	64
	2017	33	64
	2018	32	66
	2019	48	46
	2022	45	49
	2023	44	50
	2024	43	48
	2025	50	41
	2026	54	39
Ost		56	38
West		54	39
18- bis 29-Jährige		39	49
30- bis 44-Jährige		53	41
45- bis 59-Jährige		58	34
60 Jahre und älter		60	35
Arbeiter		62	29
Angestellte		57	37
Selbständige		66	26
Im öffentlichen Dienst Beschäftigte	insgesamt	32	63
	Beamte	28	72
	Tarifbeschäftigte	32	62
Anhänger der	CDU/CSU	53	43
	SPD	38	56
	Grünen	40	52
	Linke	48	44
	AfD	78	18

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

4 Bewertung verschiedener Einrichtungen der öffentlichen Hand

Den Befragten wurden verschiedene öffentliche Einrichtungen genannt mit der Bitte, die Arbeit dieser Einrichtungen anhand von Schulnoten von 1 bis 6 zu bewerten.

Weiterhin schneiden die Straßenreinigung bzw. Müllabfuhr (1,9) sowie die Bibliotheken (2,0) und die Museen (2,1) am besten ab.

Landes- bzw. Bundesministerien (3,8 bzw. 4,2) sowie Arbeits- und Sozialämter (3,7 bzw. 3,6) werden im Vergleich zu den anderen Behörden schlechter bewertet.

Insgesamt hat sich die Bewertung der Arbeit der verschiedenen Behörden gegenüber dem vergangenen Jahr kaum verändert. Deutlich schlechter als 2025 wird allerdings in diesem Jahr die Arbeit der Bundesministerien bewertet.

Bewertung einzelner Behörden

	Es vergeben die Schulnote (Mittelwert)						Veränderung zu 2025
	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
Straßenreinigung, Müllabfuhr	1,7	1,8	1,9	2,0	1,9	2,0	1,9 - 0,1
Bibliotheken	1,9	1,9	2,0	2,0	2,0	2,0	2,0 0
Museen	2,0	1,9	2,1	2,1	2,0	2,1	2,1 0
Hallenbäder, Freibäder	2,4	2,4	2,5	2,5	2,4	2,6	2,5 - 0,1
Polizei, Kriminalpolizei	2,3	2,4	2,5	2,5	2,4	2,5	2,5 0
Kindergärten	2,2	2,2	2,4	2,5	2,5	2,5	2,5 0
Fachhochschulen, Universitäten	2,3	2,4	2,5	2,5	2,5	2,6	2,6 0
Krankenhäuser	2,4	2,5	2,7	2,8	2,7	2,8	2,7 - 0,1
Sozialversicherung	2,7	2,8	2,9	2,9	2,8	3,1	3,2 + 0,1
Gerichte	2,8	2,8	3,0	3,0	2,8	3,1	3,1 0
Stadt- bzw. Gemeindeverwaltung	2,8	2,9	3,1	3,1	3,0	3,1	3,1 0
Finanzämter	2,8	2,9	3,1	3,2	3,0	3,2	3,2 0,1
Schulen	2,9	3,0	3,1	3,2	3,2	3,2	3,3 + 0,1
Sozialämter	3,2	3,2	3,4	3,4	3,3	3,6	3,6 0
Arbeitsämter	3,3	3,4	3,6	3,5	3,5	3,8	3,7 - 0,1
Landesministerien	3,1	3,4	3,5	3,6	3,5	3,7	3,8 + 0,1
Bundesministerien	3,2	3,6	3,7	3,8	3,8	3,9	4,2 - 0,3

5 Das Beamtenprofil

Wie bereits in den Vorjahren werden Beamte auch aktuell am ehesten als verantwortungs- und pflichtbewusst (59 bzw. 57 %) und als zuverlässig (51 %) wahrgenommen.

45 Prozent halten Beamte für kompetent, 41 Prozent für hilfsbereit, 37 Prozent für unbestechlich, aber lediglich 11 Prozent für flexibel.

Von den eher negativen Eigenschaften wird den Beamten weiterhin am ehesten eine gewisse Sturheit bescheinigt (40 %).

33 Prozent sehen Beamte als mürrisch, 31 Prozent als arrogant, 20 Prozent als ungerecht, 18 Prozent als überflüssig und 17 Prozent als ängstlich an.

Vor dem Hintergrund des weiter fortschreitenden Vertrauensverlustes in die Handlungsfähigkeit des Staates insgesamt werden auch den Beamten im Vergleich zum letzten Jahr etwas seltener die eher positiven Eigenschaften zugeschrieben.

Das Beamtenprofil 2026

Folgende Eigenschaften treffen auf Beamte zu:	2007	2008	2009	2022	2023	2024	2025	2026	Veränderung zu 2025
	%	%	%	%	%	%	%	%	
verantwortungsbewusst	70	71	72	64	62	64	61	59	- 2
pflichtbewusst	75	76	78	64	63	63	59	57	- 2
zuverlässig	66	67	70	55	56	55	53	51	- 2
kompetent	59	60	64	50	52	52	47	45	- 2
hilfsbereit	57	59	66	48	48	48	44	41	- 3
unbestechlich	37	38	45	38	40	40	38	37	- 1
flexibel	28	28	34	15	15	15	13	11	- 2
stur	54	51	48	49	45	43	42	40	- 2
mürrisch	-	-	-	33	39	36	34	33	- 1
arrogant	41	40	33	32	36	31	29	31	+ 2
überflüssig	24	22	20	20	22	18	16	18	+ 2
ungerecht	26	21	20	18	20	16	18	20	+ 2
ängstlich	20	20	20	19	17	18	18	17	- 1

6 Das Ansehen einzelner Berufsgruppen

Seit der ersten „dbb Bürgerbefragung öffentlicher Dienst“ im Jahr 2007 wurde in jedem Jahr ermittelt, welches Ansehen einzelne Berufsgruppen in der Bevölkerung genießen. Hierfür werden den Befragten verschiedene Berufsgruppen genannt mit der Bitte jeweils anzugeben, ob diese Berufsgruppe bei ihnen persönlich ein eher hohes oder eher geringes Ansehen genießt.

Wie bereits in den letzten Jahren wird auch aktuell das „Berufe-Ranking“ von den Feuerwehrleuten angeführt, von denen 94 Prozent ein (sehr) hohes Ansehen haben. Es folgen im Ansehensranking Krankenpflegekräfte (91 %), Altenpflegekräfte (88 %) sowie Ärztinnen und Ärzte (84 %).

Polizistinnen und Polizisten haben bei 80 Prozent, Erzieher/-innen im Kindergarten bzw. der Kita bei 77 Prozent und Müllmänner bzw. -frauen sowie Richterinnen und Richter bei jeweils 70 Prozent ein (sehr) hohes Ansehen.

Von Beamten und Beamtinnen haben aktuell 33 Prozent ein (sehr) hohes Ansehen.

Das geringste Ansehen haben wie bereits im letzten Jahr Mitarbeitende in einer Telefongesellschaft (12 %) Politikerinnen und Politiker (7 %), Versicherungsvertreter/-innen (6 %) und Mitarbeitende einer Werbeagentur (5 %).

Den größten Ansehensgewinn konnten in diesem Jahr erneut Unternehmerinnen und Unternehmer (mit plus 3 Prozentpunkten) verzeichnen. Das Vertrauen in Politikerinnen und Politiker ist dagegen um 4 Prozentpunkte gesunken.

Ansehen einzelner Berufsgruppen

Es haben ein (sehr) hohes Ansehen:	2007	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026	Veränderung zu 2025
	%	%	%	%	%	%	%	%	
Feuerwehrmann/-frau	90	93	94	93	94	94	92	94	+ 2
Krankenpfleger/-in	85	87	89	88	89	90	89	91	+ 2
Altenpfleger/-in	-	86	87	85	84	86	87	88	+ 1
Arzt/Ärztin	86	87	88	86	85	86	82	84	+ 2
Polizist/-in	78	82	85	78	78	81	79	80	+ 1
Erzieher/-in im Kindergarten/Kita	-	78	81	75	76	78	77	77	0
Müllmann/-frau	63	70	70	70	72	70	68	70	+ 2
Richter/-in	77	67	69	64	65	70	68	70	+ 2
Techniker/-in	-	64	67	64	65	67	68	68	0
Kanal-Klärwerksmitarbeiter/-in	-	62	65	63	65	63	66	67	+ 1
Soldat/-in	-	46	53	57	60	65	66	65	- 1
Pilot/-in	-	62	66	64	64	63	65	64	- 1
Lehrer/-in	63	67	69	63	64	66	65	63	- 2
Hochschulprofessor/-in	-	70	67	60	63	64	61	61	0
Förster/-in	-	61	62	61	60	58	60	59	- 1
Briefträger/-in	52	54	52	52	53	52	56	55	- 1
Lokführer/-in	-	62	60	56	55	53	52	54	+ 2
Justizvollzugsbeamte/-r	-	55	55	52	52	54	51	50	- 1
Unternehmer/-in	61	42	40	39	40	41	45	48	+ 3
Studienrat/-rätin	53	45	45	39	40	39	38	37	- 1
Steuerberater/-in	47	36	36	34	35	34	34	34	0
Beamte/-r	27	37	34	31	32	35	35	33	- 2
EDV-Sachbearbeiter/-in	43	30	34	32	33	35	34	31	- 3
Journalist/-in	47	42	41	32	31	32	29	29	0
Bankangestellte/-r	38	23	24	21	23	23	24	25	+ 1
Steuerbeamter/-in	28	25	25	22	23	23	21	22	+ 1
Gewerkschaftsfunktionär/-in	23	25	27	21	23	22	22	21	- 1
Mitarbeitende einer Telefongesellschaft	19	13	13	12	13	11	12	12	0
Politiker/-in	20	24	22	17	14	14	11	7	- 4
Versicherungsvertreter/-in	11	8	8	7	8	6	7	6	- 1
Mitarbeitende in einer Werbeagentur	18	11	10	8	8	6	5	5	0

7 Die wichtigsten Aufgaben des Staates und ihre Erfüllung

Die Befragten wurden gebeten anzugeben, für wie wichtig sie derzeit – angesichts der verschiedenen Krisen in der Welt und in Deutschland – verschiedene Aufgaben des Staates halten. Insgesamt hält jeweils eine (große) Mehrheit der Befragten alle abgefragten staatlichen Aufgaben für wichtig oder sogar sehr wichtig.

Die höchste Priorität („sehr wichtig“) haben für die Bundesbürger die Reform und Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme (55 %), die Sicherung von Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen (54 %) und die Verbesserung der Infra- und Verkehrsstruktur (53 %).

41 Prozent halten den Ausbau und die Stärkung des Zivil- und Katastrophenschutzes, 38 Prozent den Ausbau und die Modernisierung und Digitalisierung des öffentlichen Dienstes, 35 Prozent die Bewältigung der Herausforderungen zur Integration von Zuwanderern, 34 Prozent Investitionen für den Klimaschutz wie den Ausbau der erneuerbaren Energien und 31 Prozent die Verbesserung der Ausrüstung und Einsatzbereitschaft der Bundeswehr für „sehr wichtig“.

Eine nicht ganz so hohe Priorität wird mit 24 Prozent der Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land beigemessen.

Wichtigkeit verschiedener Aufgaben des Staates: Übersicht

	Die jeweilige Aufgabe des Staates halten für			
	sehr wichtig %	wichtig %	weniger wichtig %	unwichtig %
Die Reform und Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme	55	36	6	1
Sicherung von Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen	54	38	6	0
Verbesserung der Infra- und Verkehrsstruktur	53	39	6	1
Ausbau und Stärkung des Zivil- und Katastrophenschutzes, zum Schutz der Bevölkerung im Falle von Krisen und Naturkatastrophen	41	47	9	1
Den Ausbau sowie die Modernisierung und Digitalisierung des öffentlichen Dienstes	38	46	13	1
Bewältigung der Herausforderungen zur Integration von Migranten und Geflüchteten	35	38	14	10
Investitionen für den Klimaschutz wie den Ausbau der erneuerbaren Energien	34	32	20	12
Verbesserung der Ausrüstung und der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr	31	43	17	7
Die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land	24	42	28	5

an 100 Prozent fehlende Angaben = „weiß nicht“

Bei den meisten der bereits in den Vorjahren abgefragten Aufgabenbereiche ergeben sich bei der Bewertung ihrer Bedeutung eher geringe Veränderungen.

Seltener als im Vorjahr werden die Verbesserung der Ausrüstung und der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr (- 6 Prozentpunkte) sowie die Bewältigung der Herausforderungen zur Integration von Migranten und Geflüchteten (- 3 Prozentpunkte) als „sehr wichtig“ erachtet.

Wichtigkeit verschiedener Aufgaben des Staates: Zeitvergleich

Folgende Aufgaben des Staates halten für <u>sehr</u> wichtig:	2022	2023	2024	2025	2026	Veränderung zu 2025
	%	%	%	%	%	
Verbesserung der Infra- und Verkehrsstruktur	45	47	46	52	53	+ 1
Den Ausbau sowie die Modernisierung und Digitalisierung des öffentlichen Dienstes	44	44	40	40	38	- 2
Bewältigung der Herausforderungen zur Integration von Migranten und Geflüchteten	-	38	37	38	35	- 3
Investitionen für den Klimaschutz wie den Ausbau der erneuerbaren Energien	53	46	37	35	34	- 1
Verbesserung der Ausrüstung und der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr	33	36	40	37	31	- 6
Die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land	27	30	22	22	24	+ 2

Die Priorisierung der Aufgaben unterscheidet sich in Ost und West in drei Bereichen deutlich.

So halten die Befragten in Westdeutschland häufiger als die Befragten in Ostdeutschland Investitionen für den Klimaschutz sowie die Verbesserung der Ausrüstung und der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr für sehr wichtig.

Befragte in Ostdeutschland sehen dagegen häufiger als die Westdeutschen in der Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land eine sehr wichtige Aufgabe des Staates.

Wichtigkeit verschiedener Aufgaben des Staates

Folgende Aufgaben des Staates halten für <u>sehr</u> wichtig:	insgesamt %	Ost %	West %
Die Reform und Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme	55	55	55
Sicherung von Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen	54	58	53
Verbesserung der Infra- und Verkehrsstruktur	53	58	52
Ausbau und Stärkung des Zivil- und Katastrophenschutzes, zum Schutz der Bevölkerung im Falle von Krisen und Naturkatastrophen	41	42	41
Den Ausbau sowie die Modernisierung und Digitalisierung des öffentlichen Dienstes	38	39	38
Bewältigung der Herausforderungen zur Integration von Migranten und Geflüchteten	35	32	33
Investitionen für den Klimaschutz wie den Ausbau der erneuerbaren Energien	34	23	36
Verbesserung der Ausrüstung und der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr	31	24	32
Die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land	24	34	22

Zwischen den Anhängern der politischen Parteien zeigen sich vor allem bei drei Aufgabenbereichen größere Unterschiede in der Priorisierung.

So halten die Anhänger der Union und der AfD die Sicherung von Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen deutlich häufiger für „sehr wichtig“ als die Anhänger der Grünen und der Linke.

Investitionen für den Klimaschutz hält wiederum eine große Mehrheit der Anhänger von Grünen und Linke für sehr wichtig, aber nur eine Minderheit der Unions-Anhänger und fast niemand der AfD-Anhänger.

Die Anhänger der Union legen eine deutlich höhere Priorität als die Anhänger der anderen Parteien auf die Verbesserung der Ausrüstung und der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr.

Wichtigkeit verschiedener Aufgaben des Staates

Folgende Aufgaben des Staates halten für <u>sehr</u> wichtig:	insgesamt	Anhänger der:				
		CDU/CSU	SPD	Grünen	Linke	AfD
	%	%	%	%	%	%
Die Reform und Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme	55	53	53	61	69	54
Sicherung von Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen	54	69	53	31	24	76
Verbesserung der Infra- und Verkehrsstruktur	53	47	50	50	58	61
Ausbau und Stärkung des Zivil- und Katastrophenschutzes, zum Schutz der Bevölkerung im Falle von Krisen und Naturkatastrophen	41	42	49	48	45	37
Den Ausbau sowie die Modernisierung und Digitalisierung des öffentlichen Dienstes	38	46	43	43	34	35
Bewältigung der Herausforderungen zur Integration von Migranten und Geflüchteten	35	38	42	42	46	37
Investitionen für den Klimaschutz wie den Ausbau der erneuerbaren Energien	34	24	46	84	73	5
Verbesserung der Ausrüstung und der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr	31	60	43	25	10	25
Die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land	24	16	20	18	38	32

Bei allen der einzelnen Aufgaben des Staates meint allerdings jeweils nur eine Minderheit der Bundesbürger, dass der Staat diese Aufgaben derzeit gut bewältigen kann.

Vergleichsweise noch am ehesten gelingt dies nach Meinung der Befragten bei der Verbesserung der Ausrüstung und der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr (37 %).

Ein Viertel (25 %) hat den Eindruck, dass dem Staat die Aufgabe der Investitionen für den Klimaschutz gut gelinge, und ein Fünftel (21 %) meint dies vom Ausbau und der Stärkung des Zivil- und Katastrophenschutzes.

Am schlechtesten gelingt dem Staat nach Meinung der Bundesbürger die Reform und Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme sowie die Sicherung von Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen: Nur 11 Prozent meinen, dass der Staat die Bewältigung dieser Aufgaben gut gelinge.

Wie gut gelingt dem Staat die Bewältigung der einzelnen Aufgaben?

Die Bewältigung der einzelnen Aufgaben gelingt dem Staat (sehr) gut:	insgesamt	Ost	West
	%	%	%
Verbesserung der Ausrüstung und der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr	37	33	38
Investitionen für den Klimaschutz wie den Ausbau der erneuerbaren Energien	25	22	25
Ausbau und Stärkung des Zivil- und Katastrophenschutzes, zum Schutz der Bevölkerung im Falle von Krisen und Naturkatastrophen	21	21	21
Ausbau sowie die Modernisierung und Digitalisierung des öffentlichen Dienstes	16	17	15
Verbesserung der Infra- und Verkehrsstruktur	15	17	14
Die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land	13	10	14
Bewältigung der Herausforderungen zur Integration von Migranten und Geflüchteten	12	11	12
Die Reform und Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme	11	10	11
Sicherung von Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen	11	9	11

Vergleicht man die Anteile der Befragten, die die jeweiligen Aufgaben des Staates für sehr wichtig halten mit den Anteilen derer, die meinen, dass dem Staat die Bewältigung dieser Aufgaben gut oder sehr gut gelingt, fällt die Diskrepanz bei den drei am wichtigsten erachteten Aufgaben – Reform und Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme, Sicherung von Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätze und Verbesserung der Infra- und Verkehrsstruktur – mit Abstand am größten aus.

Einzelne Staatsaufgaben und ihre Bewältigung

Die Bewältigung der einzelnen Aufgaben	... ist sehr wichtig %	... gelingt gut %	Index *
Die Reform und Stabilisierung der sozialen Sicherungssysteme	55	11	- 44
Sicherung von Wirtschaftswachstum und Arbeitsplätzen	54	11	- 43
Verbesserung der Infra- und Verkehrsstruktur	53	15	- 38
Bewältigung der Herausforderungen zur Integration von Migranten und Geflüchteten	35	12	- 23
Den Ausbau sowie die Modernisierung und Digitalisierung des öffentlichen Dienstes	38	16	- 22
Ausbau und Stärkung des Zivil- und Katastrophenschutzes, zum Schutz der Bevölkerung im Falle von Krisen und Naturkatastrophen	41	21	- 20
Die Schaffung gleicher Lebensverhältnisse in Stadt und Land	24	13	- 11
Investitionen für den Klimaschutz wie den Ausbau der erneuerbaren Energien	34	25	- 9
Verbesserung der Ausrüstung und der Einsatzbereitschaft der Bundeswehr	31	37	+ 6

* Index = „Bewältigung“ minus „Wichtigkeit“